

Datenschutzerklärung AMS-App+ unter ams-app.de

DATENSCHUTZERKLÄRUNG

I. NAME UND ANSCHRIFT DES VERANTWORTLICHEN

Der Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

AMS-App+ GmbH
Bugdahnstraße 5
22767 Hamburg

+49 xxx xxxxxxxxx
datenschutz@ams-app-plus.de

II. ALLGEMEINES ZUR DATENVERARBEITUNG

1. UMFANG DER VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

Wir verarbeiten personenbezogene Daten unserer Nutzer um die Bereitstellung einer funktionsfähigen Webanwendung. Ebenfalls verarbeiten wir personenbezogene Daten zur Kommunikation mit Nutzern der Webanwendung, z.B. durch E-Mail oder Formulare.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten unserer Nutzer erfolgt nur wenn eine Rechtsgrundlage dieses gestattet.

2. DATENLÖSCHUNG UND SPEICHERDAUER

Die personenbezogenen Daten der betroffenen Person werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Die genauen Fristen und Bedingungen werden im weiteren Verlauf dieser Erklärung im Zusammenhang mit den Funktionen der Webseite erläutert.

III. BEREITSTELLUNG DER WEBSITE UND ERSTELLUNG VON LOGFILES

1. BESCHREIBUNG UND UMFANG DER DATENVERARBEITUNG

Die dieser Seite zugrunde liegende Hosting-Dienstleistungen werden von der Strato AG, Otto-Ostrowski-Straße 7 , 10249 Berlin, Deutschland erbracht. Die Strato AG bietet Software as a Service (SaaS) Dienstleistungen im Rahmen eines Cloud-Hostings an.

Die Strato AG erhebt und speichert automatisch Server-Log-Files mit Informationen, die der Browser an uns übermittelt. Dabei handelt es sich um:

- Browsertyp
- Betriebssystem
- Referrer-URL (zuvor besuchte Seite)
- Hostname (IP Adresse)

Weitere Informationen sind den Datenschutzbestimmungen der Strato AG zu entnehmen. Diese können unter <https://www.strato.de/datenschutz/> eingesehen werden.

2. RECHTSGRUNDLAGE FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten ist Art. 6 Abs. 1 b DSGVO, da wir Ihnen diese Webanwendung im Rahmen der Erfüllung oder Anbahnung eines Vertrages zur Verfügung stellen.

3. ZWECK DER DATENVERARBEITUNG

Die Bereitstellung einer funktionierenden Webanwendung, sowie Maßnahmen zur technischen Sicherung der Anwendung.

4. AUFTRAGSDATENVERARBEITUNG

Wir haben einen Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung (AVV) geschlossen. Dieser Vertrag regelt Umfang, Art und Zweck der Zugriffsmöglichkeiten der Strato AG auf die Daten. Die Zugriffsmöglichkeiten beschränken sich dabei nur auf notwendige Zugriffe, die zur Erfüllung der Hosting-Leistungen erforderlich sind.

5. DAUER DER SPEICHERUNG

Die Daten werden nach einer statistischen Auswertung spätestens nach 7 Tagen gelöscht.

IV. VERWENDUNG VON COOKIES

1. BESCHREIBUNG UND UMFANG DER DATENVERARBEITUNG

Unsere Webapplikation verwendet technisch notwendige Cookies, die im Internetbrowser bzw. vom Internetbrowser auf dem Gerät des Nutzers gespeichert werden. Die Definition von Cookies ist im weiteren Sinne gefasst und schließt auch ähnliche Speichermethoden wie Supercookies etc. ein. Ruft ein Nutzer eine Website der Anwendung auf, so kann ein Cookie auf dem Betriebssystem des Nutzers gespeichert werden. Dieser Cookie enthält eine charakteristische Zeichenfolge, die eine eindeutige Identifizierung des Browsers beim erneuten Aufrufen der Website ermöglicht.

2. RECHTSGRUNDLAGE FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten unter Verwendung von technisch notwendiger Cookies ist Art. 6 Abs. 1 f DSGVO, da wir ein berechtigtes Interesse haben, die ordnungsgemäße Funktion unserer Webapplikation zu gewährleisten.

3. ZWECK DER DATENVERARBEITUNG

Der Zweck der Verwendung technisch notwendiger Cookies ist, die Funktion der Webapplikation sicherzustellen.

VII. KOMMUNIKATION

1. BESCHREIBUNG UND UMFANG DER DATENVERARBEITUNG

Im Rahmen der Nutzung unserer Webapplikation hat der Nutzer die Möglichkeit mit uns per E-Mail oder per Formular in Kontakt zu treten. Nimmt ein Nutzer diese Möglichkeit wahr, so werden Daten an uns übermittelt und gespeichert. Diese Daten sind:

- Name
- E-Mail-Adresse
- Telefonnummer
- Inhalt der Nachricht
- Datum und Uhrzeit
- Antworten auf Fragen zu Produkten und Dienstleistungen

Die Daten werden ausschließlich für die Verarbeitung der Konversation verwendet.

2. RECHTSGRUNDLAGE FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten ist Art. 6 Abs. 1 a DSGVO, da wir personenbezogenen Daten mit Ihrer Einwilligung verarbeiten, z. B, wenn die Kommunikation von Ihnen ausgeht. Zielt der Kontakt auf den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrages ab, so ist eine zusätzliche Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Art. 6 Abs. 1 b DSGVO.

3. ZWECK DER DATENVERARBEITUNG

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten dient uns allein zur Bearbeitung Ihres Anliegens.

4. DAUER DER SPEICHERUNG

Die Daten werden gelöscht, sobald sie für die Erreichung des Zweckes ihrer Erhebung nicht mehr erforderlich sind. Für die personenbezogenen Daten ist dies dann der Fall, wenn die jeweilige Konversation mit dem Nutzer beendet ist. Beendet ist die Konversation dann, wenn keine weitere Konversation mehr erwartet wird und keine vertragliche Beziehung entstanden ist oder mehr besteht.

IX. ZAHLUNGSDATEN UND RECHNUNGSSTELLUNG

1. BESCHREIBUNG UND UMFANG DER DATENVERARBEITUNG

Zur Rechnungsstellung bei kostenpflichtigen Leistungen erheben wir Zahlungs- und Rechnungsstellungsdaten:

- Firmierung und Anschrift
- Ansprechpartner
- Vertragsdaten zu Produkten und Laufzeiten
- Kontoverbindungen bei Lastschriften
- Bonitätsdaten
- Daten zur Betrugsabwehr (Missbrauch von Zahlungssystemen)

2. RECHTSGRUNDLAGE FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten ist Art. 6 Abs. 1 b DSGVO, da wir diese Daten nur im Zusammenhang mit der Erfüllung eines Vertrages verwenden.

3. ZWECK DER DATENVERARBEITUNG

Abrechnung eines Vertrages

4. DAUER DER SPEICHERUNG

Die Daten werden gelöscht, sobald sie für die Erreichung des Zweckes ihrer Erhebung nicht mehr erforderlich sind. In der Regel erfolgt dieses 10 Jahre nach der letzten Rechnungsstellung.

X. RECHTE DER BETROFFENEN PERSON

Dem Nutzer der Webapplikation (auch Betroffener i.S.d. DSGVO) stehen folgende Rechte gegenüber uns (dem Verantwortlichen i.S.d. DSGVO) zu. Über diese Rechte müssen wir den Nutzer auch informieren, wenn dieses Recht im konkreten Fall nicht zutrifft. Es lassen sich aus diesen Informationen daher keine Rückschlüsse auf die tatsächlich verarbeiteten personenbezogenen Daten ziehen. Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten des Nutzers nur wie in den vorangegangenen Punkten dargestellt.

1. AUSKUNFTSRECHT

Der Nutzer kann von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die den Nutzer betreffen, vom Verantwortlichen verarbeitet werden. Die Identifikation des Nutzers muss dabei gewährleistet sein.

Folgende Informationen zu eigenen personenbezogene Daten können erfragt werden:

- Verarbeitungszweck und Rechtsgrundlage
- Datenkategorien, z.B. Adresse, Geburtsdatum etc.
- Weitere Empfänger der Daten, z.B. ein soziales Netzwerk oder ein Versanddienstleister
- Erweiterte Angaben zur Rechtsgrundlage, wenn Empfänger außerhalb der EU ansässig sind
- Geplante Speicherdauer und die Löschbedingungen
- Herkunftsinformation, sofern wir die personenbezogenen Daten von Dritten erhalten haben
- Angaben ob und mit welchen Methoden personenbezogenen Daten zu einer automatisierten Entscheidungsfindung verwendet wurden
- Angaben ob und mit welchen Methoden personenbezogene Daten zur Bewertung oder Einstufung verwendet wurden (Profiling)

2. RECHT AUF BERICHTIGUNG

Der Nutzer hat ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung gegenüber dem Verantwortlichen, sofern die verarbeiteten eigenen personenbezogenen Daten unrichtig oder unvollständig sind. Der Verantwortliche hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

3. RECHT AUF EINSCHRÄNKUNG DER VERARBEITUNG

Unter den folgenden Voraussetzungen kann der Nutzer die Einschränkung der Verarbeitung der ihn betreffenden personenbezogenen Daten verlangen. Ziel der Einschränkung ist es, in besonderen oder umstrittenen Situationen Zeit für eine Klärung zu gewinnen. Die personenbezogenen Daten bleiben dabei erhalten, dürfen aber nicht mehr für den eigentlichen Zweck, sondern nur zur Bearbeitung des Sachverhalts, der zur Einschränkung führte, eingesetzt werden. Die Einschränkung hat keine Auswirkung auf höherrangige gesetzliche Rechte, wie der Durchsetzung von Rechtsansprüchen oder anderem öffentlichen Interesse, z.B. Strafverfolgung.

Einschränkungen sind auf diese Fälle anwendbar:

- Betroffener und Verantwortlicher sind sich nicht einig, ob eine Berichtigung von personenbezogenen Daten erforderlich ist
- Betroffener und Verantwortlicher sind sich nicht einig, ob eine Löschung erforderlich ist, z.B. bei umstrittener Rechtsgrundlage
- Der Betroffene hat Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt hat und noch nicht feststeht, welche berechtigten Gründe überwiegen
- Aufbewahrung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen

4. RECHT AUF LÖSCHUNG

A) LÖSCHPFLICHT

Der Betroffene kann von dem Verantwortlichen verlangen, dass die eigenen personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, diese Daten unverzüglich zu löschen.

Aus folgenden Gründen kann eine Löschung verlangt werden:

- Der Zweck erfordert keine weitere Verarbeitung oder der Zweck ist weggefallen
- Die Rechtsgrundlage ist weggefallen oder hat sich als nicht ausreichend herausgestellt oder die Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet
- Die Einwilligung des Nutzers wurde widerrufen und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung
- Ein Widerspruch gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO wurde vom Betroffenen eingereicht und es wurde kein überwiegendes berechtigtes Interesse des Verantwortlichen dargelegt
- Ein Widerspruch gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO wurde vom Betroffenen gegen eine Verarbeitung im Bereich des Direktmarketings / Werbesendungen eingereicht
- Ein Gesetz verpflichtet zur Löschung der Daten
- Bei dem Betroffenen handelt es sich um einen Kind oder einen Jugendlichen unter 16 Jahren und die Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft (z.B. Social Media, Handy-Account) erhoben

B) INFORMATION AN DRITTE

Hat der Verantwortliche die personenbezogenen Daten des Betroffenen öffentlich gemacht und ist er zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren

Technologie und Abwägung der Kosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um die weiteren Verantwortlichen, die die personenbezogenen Daten erhalten haben und verarbeiten, darüber zu informieren, dass die betroffene Person die Löschung dieser Daten wünscht.

C) AUSNAHMEN

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

- zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information
- zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung aus Gesetzen
- zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt
- zur Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde
- aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit (Gesundheitsvorsorge und Gefahrenabwehr)
- für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO
- zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen

5. RECHT AUF UNTERRICHTUNG

Hat der Nutzer das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

Ihnen steht gegenüber dem Verantwortlichen das Recht zu, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

6. RECHT AUF DATENÜBERTRAGBARKEIT

Der Betroffene hat das Recht, die eigenen personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung oder auf einem Vertrag beruht und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt. Dieses schließt das Recht zur Übertragung der eigenen personenbezogenen Daten an einen anderen Verantwortlichen durch den Betroffenen ein. Der Betroffene kann eine Übertragung durch den Verantwortlichen verlangen, soweit dies technisch machbar ist. Freiheiten und Rechte anderer Personen dürfen hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt nicht für eine Verarbeitung personenbezogener Daten, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

7. WIDERSPRUCHSRECHT

Betroffene haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der eigenen personenbezogenen Daten, die aufgrund von

Art. 6 Abs. 1 e DSGVO (Verarbeitung in öffentlichem Interesse) oder Art. 6 Abs. 1 f DSGVO (Verarbeitung auf Grund von berechtigtem Interesse) erfolgt, Widerspruch einzulegen.

Der Verantwortliche verarbeitet diese personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen die den Interessen, Rechte und Freiheiten des Betroffenen überwiegen.

Im Bereich der Direktmarketing / Werbezusendung darf nach einem Widerspruch durch den Betroffenen die personenbezogenen Daten nicht mehr zum Zwecke des Direktmarketings oder der Werbezusendung verwendet werden. Dieses schließt auch ein Widerspruch gegen entsprechendes Profiling ein. Abweichend zu den Widersprüchen außerhalb des Direktmarketings gibt es keine Abwägung der Interessen. Der Betroffene muss daher auch keine Gründe vorbringen.

Der Betroffene hat die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft das Widerspruchsrecht auch mittels automatisierter Verfahren unter Anwendung von entsprechende technischen Spezifikationen auszuüben.

8. RECHT AUF WIDERRUF DER EINWILLIGUNGSERKLÄRUNG

Der Betroffene hat das Recht, eine Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird eine in der Vergangenheit erfolgte Verarbeitung nicht unzulässig, eine zukünftige weitere Verarbeitung erfordert aber eine neue Rechtsgrundlage oder die Verarbeitung darf nicht mehr erfolgen.

9. AUTOMATISIERTE ENTSCHEIDUNG

Der Betroffene hat das Recht, dass wesentliche Entscheidungen nicht auf einer ausschließlichen automatisierten Verarbeitung beruhen. Eine Entscheidung, die eine rechtliche Wirkung entfaltet oder den Betroffenen in ähnlicher Weise erheblich betrifft oder beeinträchtigt muss von einer Person getroffen werden.

Dies gilt nicht, wenn die automatisierte Entscheidung

- für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags zwischen Betroffenenem und dem Verantwortlichen erforderlich ist
- aufgrund eines Gesetzes zulässig ist und dieses Gesetz angemessene Maßnahmen zur Wahrung der Rechte und Freiheiten und der berechtigten Interessen des Betroffenen enthalten
- Der Betroffene in die automatisierte Entscheidung ausdrücklich eingewilligt hat. Allerdings dürfen diese Entscheidungen nicht auf besonderen Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 Abs. 1 DSGVO beruhen.

10. RECHT AUF BESCHWERDE BEI EINER AUFSICHTSBEHÖRDE

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht dem Betroffenen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn der Betroffene der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der eigenen personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Anschriften und weiterführende Informationen zu den Aufsichtsbehörden in Deutschland:

https://www.bfdi.bund.de/DE/Service/Anschriften/anschriften_table.html